

WAHLEN VOM SOCKEL STOSSEN: WARUM ZUKUNFTSFÄHIGE DEMOKRATIE NEUE AUSWAHLVERFAHREN BRAUCHT¹



MAX KRAHÉ

Wahlen gelten als Synonym für Demokratie. Aus historischer Perspektive ist das neu und gefährlich: Es befördert einen Drift in Richtung Oligarchie. Um diesen entgegenzuwirken, bedarf es neuer Ansätze bei der Auswahl unserer politischen Führung.

Warum? Wahlen schaffen Unterscheidungen: nicht nur zwischen Team Rot und Team Schwarz, Team Links und Team Rechts sondern viel grundsätzlicher zwischen Protagonistinnen und Chor, Akteuren und Publikum, zwischen dem Kandidatenkreis der Wenigen und der Wählerschaft der Vielen. Die durch Wahlen erzeugte Aufmerksamkeit richtet sich nicht auf das Volk und seine Belange, sondern auf die Kandidierenden im Rampenlicht.

Anders gesagt: Wahlen haben Risiken und Nebenwirkungen. Denn durch die Unterscheidungen, die sie erzeugen, schaffen Wahlen eine Hierarchie: Oben die Gewählten, und das Wahlvolk. Schlimmer noch ist das von ihnen geschaffene Ethos: Promikultur und Passivität, Apathie und Wut. So paradox dies auch klingen mag: Wahlen schädigen die Demokratie.

1 Aus dem Englischen von Gülçin Erentok

Das war lange bekannt. Schon Aristoteles erklärte: „So gilt es, wie ich sage, für demokratisch, dass die Besetzung der Ämter durch das Los geschieht, und für oligarchisch, dass sie durch Wahl erfolgt“ (Aristoteles, 350 v. Chr., *Politik*, Buch IV, Kap. 9, S. 142, 1294b7-9) Zweitausend Jahre später hatte sich daran wenig geändert. 1748 schrieb Montesquieu: „Wahl durch Los entspricht der Natur der Demokratie, Wahl durch Abstimmung der Natur der Aristokratie.“ (Montesquieu, 1748, Buch 2, Kap. 2, S. 109).

Doch heute setzen wir Demokratie mit Wahlen gleich. Aber warum? Was geschah nach 1748? Wie haben Wahlen die Zufallsauswahl verdrängt?

Um diesen Wandel zu verstehen, müssen wir ins 18. Jahrhundert zurückkehren. Die Revolutionen auf beiden Seiten des Atlantiks, insbesondere die Amerikanische und die Französische Revolution, waren Rebellionen gegen Absolutismus und Willkürherrschaft. Ihre Anführer entschieden sich jedoch dafür, König Georg III. und das Ancien Régime durch ein System zu ersetzen, das als *repräsentative Regierung* bezeichnet wird. Dieses wurde auch in Abgrenzung von Demokratie verstanden (Manin, 1997). Während es – im zeitgenössischen Verständnis – bei Demokratie um Gleichheit zwischen Herrschenden und Beherrschten ging, basierte die repräsentative Regierung auf der Wahl fähiger Herrschender und ihrer Kontrolle durch die Presse- und Meinungsfreiheit.

Wie kam es zu dieser Entscheidung? Die Revolutionäre hatten hierfür drei Gründe. Zum einen forderten führende Stimmen, „wir müssen von den Besten regiert werden“ (Boissy d’Anglas, zitiert in Van Reybrouk, 2016, S. 97). Obwohl sie unfähige Könige, Lords und Barone bekämpften, glaubten viele von ihnen an die Existenz einer natürlichen Aristokratie: vortreffliche Bürger und Bürgerinnen mit herausragenden Talenten, Fähigkeiten und Kenntnissen. Wie Jefferson waren viele der Ansicht, dass diese „natürlichen *aristoi*“ das Staatsschiff lenken sollten (vgl. Jefferson, 1813). Wahlen würden diese identifizieren und ans Ruder stellen. Bei Auswahl durch Los wäre das unwahrscheinlich.

Ein weiteres Argument geht auf Denker wie Machiavelli und Hobbes zurück. Beide waren aufmerksame Beobachter der Macht. Sie stellten fest, dass soziale und ökonomische Eliten zur Entwicklung politischer Ambitionen neigen. Eine Besetzung politischer Ämter durch das Losverfahren würde deren Ambitionen aber ausbremsen, denn dieses Verfahren

verhindere das Ummünzen von Reichtum und Prestige in Ämter. Gerade im Wahlkampf hingegen ließen sich Geld und soziales Ansehen in Macht ummünzen. Das macht Wahlen zu Blitzableitern, die den brennenden Ehrgeiz sozio-ökonomischer Eliten weg von Umsturzplänen oder anderen verfassungswidrigen Machenschaften hin zu einem gesetzeskonformen Wettstreit umlenkten.

Drittens standen viele Revolutionäre der Demokratie grundsätzlich skeptisch gegenüber. James Madison zum Beispiel betrachtete Demokratien als „Spektakel von Unruhen und Streit, [...] deren Lebensdauer im Allgemeinen so kurz ist wie ihr Ende gewalttätig“ (vgl. Madison, 1788/2008, S. 52). John Adams behauptete sogar: „Es gab noch nie eine Demokratie, die nicht Selbstmord begangen hätte.“ (vgl. Adams, 1851, S. 484) Selbst Rousseau schrieb, „daß keine Regierung in so hohem Grade Bürgerkriegen und inneren Erschütterungen ausgesetzt ist als die demokratische oder Volksregierung“ (Rousseau, 1762, Buch III, Kap. 4, S. 92). In diesen Äußerungen hallen alte Ängste wider: Eine ganze Reihe an Philosophinnen von Plato bis Hannah Arendt hat stets befürchtet, die Demokratie könne in eine Herrschaft des Pöbels ausarten. Immerhin war die Attische Demokratie für Sokrates' Hinrichtung verantwortlich.

Die Revolutionäre lehnten die Demokratie allerdings nicht nur deshalb ab, weil sie Instabilität befürchteten. Viele von ihnen waren reich – und sahen ihren Wohlstand durch Demokratie unmittelbar bedroht. Für Madison war Demokratie „unvereinbar mit persönlicher Sicherheit oder dem Eigentumsrecht“ (vgl. Madison, 1788/2008, S. 52). Der an der Französischen Revolution beteiligte Schriftsteller und Politiker Benjamin Constant meinte: „Das Eigentum muss das Sagen haben oder es wird vernichtet“ (vgl. Constant, 1810/2003, Buch X, Kap. 4, S. 169). Als wohlhabender Mann zog er Ersteres vor.

Die Revolutionäre des 18. Jahrhunderts misstrauten der Demokratie also in doppelter Hinsicht, denn sie befürchteten Auswirkungen sowohl auf ihr Eigentum als auch auf die Stabilität. Allerdings waren sie sich des egalitären Zeitgeists bewusst. Daher boten Wahlen eine ideale Lösung: Sie beziehen die Vielen ein, geben ihnen jedoch kaum Macht, denn selbst unter allgemeinem Wahlrecht werden tendenziell die Wenigen gewählt.

Die Argumente der Revolutionäre waren durchaus berechtigt, denn

Demokratie birgt Gefahren. Sie dürfen uns jedoch nicht blind machen für den antidemokratischen Charakter von Wahlen.

Es stimmt: Wahlen stellen grundsätzlich auf die persönliche Eignung ab, auf die Auslese der „natürlichen aristoi“. Doch selbst wenn diese Auslese in der Praxis gelingen würde – was zweifelhaft ist –, ist die persönliche Eignung vielleicht gar nicht das richtige Auswahlkriterium. So hat unter anderem Hélène Landemore gezeigt, dass bei kollektiven Entscheidungsprozessen oft die Vielfalt das Rennen macht und nicht die individuelle Eignung. Gerade dann, wenn eine ganze Palette unvorhergesehener Probleme vorliegt, so wie es in der Politik stets der Fall ist, ist es „besser, eine Gruppe von Menschen mit unterschiedlichen Denkweisen zu haben als eine Gruppe sehr kluger Menschen mit ein und derselben Denkweise“ (vgl. Landemore, 2012, S. 103). Kollektives Wissen übertrifft individuelle Kompetenz.

In der Praxis spielt bei Wahlen jedoch nicht nur die Eignung, sondern auch die Herkunft eine Rolle. In den USA sprechen Politikwissenschaftlerinnen deshalb von der „White-Collar“-Regierung, in den Niederlanden von der „Diplom-Demokratie“ und in Deutschland von einer Regierung durch „[k]einen von uns“. Überall im Westen ist die Bevölkerungshälfte ohne Studienabschluss weitgehend von gewählten Ämtern ausgeschlossen.

Wenn die Gewählten die Interessen der Ausgeschlossenen in ihren Entscheidungen berücksichtigen würden, wäre das vielleicht hinnehmbar. Doch wie neuere Untersuchungen mit Blick auf die USA (Gilens und Page, 2014) und Deutschland (Elsässer et al., 2021) zeigen, ist dies nicht der Fall. In beiden Ländern haben die Vorstellungen von Menschen, deren Einkommen sich rund um das Medianeinkommen bewegt, keinen maßgeblichen Einfluss auf die Verabschiedung oder Ablehnung von Gesetzen.

Abgesehen von der durch Wahlen herbeigeführten Misrepräsentation werden unsere Demokratien auch durch ihren psychologischen Effekt beschädigt. Anstatt Besonnenheit und uneigennützig Entscheidungen zu fördern, worauf viele im 18. Jahrhundert gehofft hatten, wissen wir heute, dass Wahlen Apathie, Stolz, und Wut nähren: Apathie bei denen, die glauben, ihre Stimme zähle nicht, Stolz bei den Wählerinnen auf der Gewinnerseite, Wut unter den Verlierern.

Das geschieht nicht durch Zufall, denn führende Politiker haben guten Grund, diese Emotionen zu wecken. Sie stehen nämlich vor dem Problem, dass einzelne Stimmen statistisch gesehen unbedeutend sind. So wird es zur ständigen Herausforderung, die Wähler und Wählerinnen an die Urnen zu bekommen. Um mehr von ihnen zu mobilisieren, empfiehlt es sich daher, unser Stammhirn anzusprechen. Das gibt zweifellos einen Kick, doch der kann schnell in Stolz oder Wut umschlagen.

Zudem setzen dieselben Politikerinnen oft darauf, Apathie zu verbreiten, um die Wahlbeteiligung in der Wählerschaft ihrer Gegner zu mindern. Kaum jemand beherrschte diese Strategie so meisterhaft wie Angela Merkel: Sowohl ihr berühmtestes Wahlplakat mit der Abbildung ihres Markenzeichens, der Raute, und ihr bekanntester Wahlkampfslogan *Sie kennen mich waren nichtssagend*, unpolitisch und bezweckten eine „asymmetrische Demobilisierung“.²

Auch hinsichtlich ihrer psychologischen Wirkung auf die Kandidierenden sind Wahlen problematisch. Zum Beispiel, wenn sich der Ehrgeiz brüskierter Verlierer nicht mehr im systeminternen Wettbewerb kanalisieren lässt und sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung selbst richtet – so geschehen am 6. Januar 2021 in Washington und am 8. Januar 2023 in Brasília. Nicht weniger gefährlich ist es, wenn Wahlsieger sich zu der Annahme verleiten lassen, sie seien besser als ihre Konkurrentinnen oder, schlimmer noch, besser als ihre Wählerschaft.

So sorgen Wahlen für eine Kluft zwischen der Politik „oben“ und der Wählerschaft „unten“ (Mair, 2013). Die Bürger und Bürgerinnen unten fühlen sich schnell ignoriert, geringgeschätzt und irreführt. Vertrauen geht verloren. Die Gewählten oben sehen sich mit der Zeit anders als die Wählerschaft: als besser ausgebildet, weltoffener und moralisch überlegen (Van Reybrouk, 2016, S. 10). Sie halten sich für etwas Besonderes. Schließlich sind sie bereit, bis in die Nacht zu arbeiten, zusätzliche Mühen

2 Die „asymmetrische Demobilisierung“ wurde im Jahr 2009 von Matthias Jung, Yvonne Schroth und Andreas Wolf als bewusste Wahlkampfstrategie von Kanzlerin Angela Merkel ausgemacht. Seither ist der Terminus in der politischen Analyse in Deutschland weit verbreitet. (Jung, Matthias, Schroth, Yvonne & Wolf, Andreas (2009). Regierungswechsel ohne Wechselstimmung. In: *Politik und Zeitgeschichte*, 51, S. 12–19.)

auf sich zu nehmen und die Last der Verantwortung zu tragen, denn – und hier kommen wir zurück zu Aristoteles und Montesquieu – „Adel verpflichtet“ (*noblesse oblige*).

Wird diese Kluft zu groß, ist ein Schaden an der Demokratie kaum mehr abzuwenden. „Take back control“, hallt es dann aus dem Wahlvolk. Was als Notruf beginnt, beflügelt im Wahlkampf schnell anti-demokratische Kräfte. Falsche Volkstribune leugnen real existierende Vielfalt, verteufeln Kompromisse und brechen all jene geschriebenen und ungeschriebenen Regeln, die eine Demokratie erst stabilisieren.

Vielleicht übertreibe ich hier. Binden Wahlen Politikerinnen nicht an ihre Wähler und verankern so die Macht im Volk? Wie können wir uns wirklich sicher sein, dass Wahlen die Demokratie beschädigen?

Machtverteilung lässt sich von außen schwer erkennen. Verfassungsformen können täuschen. In jeder Gesellschaft gibt es Normen und Traditionen, informelle und extrapolitische Ressourcen, heimliche Verbindungen und Cliques. Sie beeinflussen die reale Verteilung von Macht mitunter erheblich. Wahre Macht zeichnet sich unter anderem dadurch aus, dass sie auf Wunsch unsichtbar bleiben kann.

Der Einfachheit halber schlage ich eine analytische Abkürzung vor. Gehen wir von einem fundamentalen Verlangen des Menschen nach Anerkennung aus, dem Wunsch, von anderen (mit mindestens) demselben Status als (mindestens) gleichwertig angesehen zu werden. Nehmen wir außerdem an, dass dieser Art der Anerkennung eine materielle Komponente innewohnt: Wohlstand und Einkommen als grobe Maßstäbe für Anerkennung.

Diese beiden Annahmen erlauben es, von der Gleichheit sozialer und materieller Bedingungen auf den Demokratiegrad von Regierungsformen zu schließen. Dieser Rückschluss funktioniert, denn dort, wo große soziale und materielle Ungleichheiten mit einem starken Verlangen nach Anerkennung einhergehen, ist die Macht unweigerlich konzentriert. Andernfalls würden die von der Ungleichheit am stärksten Betroffenen ihren Anteil an der Macht nutzen, um die gewünschte Anerkennung zu erlangen.

Diese Heuristik ist nicht immer präzise. Soziale und materielle Gleichheit kann eine Folge von Naturkatastrophen, Pandemien oder Kriegen sein und nicht nur das Ergebnis gleicher politischer Macht

(Scheidel, 2017). Es sind auch Regierungsformen vorstellbar, in denen die Macht zwar gleich verteilt ist, aber die Mehrheit soziale und ökonomische Ungleichheit akzeptiert. Es gab schon Seltsameres. Nichtsdestoweniger wird die Beweislast durch diese gedankliche Abkürzung angemessen verteilt: Auf Gleichheit basierende Gesellschaften genießen einen Vertrauensvorschluss, auf Ungleichheit basierende müssen beweisen, dass ihre Demokratie echt ist.

Angesichts obiger Analyse und der nachweislich vorhandenen sozialen, materiellen und politischen Ungleichheit im heutigen Westen (Elsässer und Schäfer, 2023) bezweifle ich, dass die gegenwärtigen, auf Wahlen basierenden Regierungsformen des Westens vollwertige Demokratien sind. Wie Hélène Landemore sagt: „Viele der Regierungssysteme, die wir als repräsentative Demokratien bezeichnen, sind wohl kaum Demokratien im eigentlichen Sinne des Wortes“; „de facto usurpieren [sie] den Begriff“ (vgl. Landemore, 2020, S. 19).

Natürlich sind Wahlen nicht die einzige Ursache von Ungleichheit. Unsere Politik leidet auch aus anderen Gründen unter einem „aristokratischen Exzess“ (vgl. Thompson, 2022, S. 185). Doch die Ungleichheit wird von den uns gewählten Regierungen akzeptiert und durch die von ihnen verfolgte Wirtschaftspolitik häufig sogar begünstigt. Darin zeigt sich der durch Wahlen verursachte Schaden.

Aber was tun, wenn Wahlen die Demokratie aushöhlen? Wie sollten wir Politik stattdessen organisieren?

Die direkte Demokratie ist keine Lösung. Sie erfüllt zu bestimmten Zeiten und an bestimmten Orten eine wichtige Aufgabe, doch langfristig und im großem Stil kostet sie zu viel Zeit und Energie. Politik ist Arbeit, und diese Arbeit sollte geteilt werden.

Das Wie ist eine Frage des Experimentierens. Es auszuprobieren hilft nicht nur, neue demokratische Formen und Prozesse zu entdecken, sondern auch, die Zukunft offen zu halten, was wiederum ein entscheidendes Merkmal für eine lebendige, funktionsfähige Demokratie ist.

Die Bereitschaft zu Experimenten im institutionellen Bereich sollte einhergehen mit Offenheit für eine geographische, ethnische und allgemeine epistemologische Vielfalt. Als weißer Mann, der vor allem mit Westeuropa und den Vereinigten Staaten von Amerika vertraut ist, habe ich einen begrenzten und unvollständigen Blick auf Probleme und Lösungen.

Eine Auseinandersetzung mit anderen Perspektiven ist unerlässlich, wenn das Experimentieren wahrhaft demokratisch ein soll.

Doch Experimente müssen mit irgendetwas beginnen. Basierend auf historischen Erfahrungen und aktuellen Versuchen im globalen Norden wie im globalen Süden bietet sich der Losentscheid an (Bagg, 2024). Er verleiht Gewinnern weder eine besondere Würde noch gibt er Verlierer der Verachtung preis. Seiner Idee und den Ergebnissen nach ist das Losverfahren egalitär, demokratisch und, bei entsprechend sorgfältiger Ausgestaltung, statistisch repräsentativ. Es ist ideal, um Wahlen vom Sockel zu stoßen.

Natürlich ist das Losverfahren kein Wundermittel (Grandjean et al., 2024). In der Politik geht es nicht nur um Gleichheit und Repräsentation, sondern auch um Sachkenntnis und Rechenschaftspflicht. Beides sind Bereiche, in denen der Losentscheid schlecht abschneidet. Zufällig gewählte Politikerinnen, ob in der Legislative oder in der Exekutive, laufen zudem Gefahr, von langjährigen Berufspolitikerinnen übervorteilt oder dominiert zu werden, sei es in politischen Parteien, im öffentlichen Dienst oder in anderen Domänen, die Expertise erfordern.

Welche Ämter durch Losentscheid besetzt werden, erfordert schon im Vorfeld gründliche Überlegungen und eine sorgfältige Evaluierung im Nachgang. Der Losentscheid könnte durch Evaluationen abgedeckt werden, bei denen die Gewählten ihre Handlungen entweder im Nachhinein, also nach Ende ihrer Amtszeit, rechtfertigen müssen, oder indem sich die ausgelosten Kandidatinnen vor oder während ihrer Amtszeit gegenüber einer Jury aus ihresgleichen bewähren müssen. Politische Parteien könnten weiterhin eine wichtige Rolle spielen, sei es bei der Überprüfung der Gewählten, ihrer Schulung oder indem sie diese und ihre Überlegungen in den gesamtgesellschaftlichen Prozess der politischen Willensbildung einbeziehen.

Mit etwas Mut zum Experiment könnten Mischformen von Losentscheid und Wahl erprobt werden. So könnte zum Beispiel ein neues Zweikammersystem getestet werden, in dem eine Losentscheidkammer und eine Wahlkammer bei der Gesetzgebung zusammenarbeiten. Dies würde zu zentralistischen Staaten wie Frankreich oder den Philippinen passen, in denen eine Loskammer nicht mit der Notwendigkeit einer föderalen Vertretung konkurrieren muss.

Die Geschichte scheint schon heute in diese Richtung zu weisen, wie laufende Experimente von Finnland bis Südkorea und von Brasilien bis Belgien zeigen. Klar ist, dass das Losverfahren als rein formale demokratische Maßnahme nicht funktionieren kann. Von außen betrachtet sind Gesetze und Verordnungen nichts als Worte. Stülpt man sie ungleichen Gesellschaften über, kann das Losverfahren korrumpiert oder von der Elite missbraucht werden. Und ohne Kinderbetreuungsmöglichkeiten, angemessene Bezahlung der Amtsinhaberinnen und Eindämmung allgemeiner wirtschaftlicher Unsicherheiten könnte auch der Losentscheid zu einer exklusiven Institution werden, die nur denjenigen mit den entsprechenden Mitteln offensteht.

Demokratisierung und Experimentieren müssen daher auch die Wirtschaft einbeziehen, sei es durch Besteuerung, Genossenschaften, Finanzreformen, Vollbeschäftigung oder Vergemeinschaftung. Und sie müssen in die soziokulturelle Sphäre hineinwirken, zum Beispiel durch Praktiken zur Förderung demokratischer Regeln und Kompetenzen wie der Kunst des Miteinanders oder durch die Stärkung von Werten wie Vertrauen und Mut. Selbst dann bleibt die schwierige Frage, ob die Annahme des Amtes im Anschluss an die Lotterie freiwillig, verpflichtend oder doch eher eine Kombination aus beidem sein soll. Auch das muss ausprobiert werden.

Voraussetzung für den Erfolg ist, dass das Vorhaben, Wahlen vom Sockel zu stoßen, inklusiv ist, angetrieben von breiten, gesellschaftlichen Bewegungen. Es darf kein eng gestecktes, von einer Avantgarde oder Gegenelite getragenes technisches Projekt sein. Das ist alles nicht einfach. Allerdings wird der gesellschaftliche, ökonomische und politische Wandel noch schwieriger, wenn wir missverstehen, welche Elemente unserer Verfassung ihn begünstigen und welche ihn hemmen. Eines dieser Missverständnisse betrifft gegenwärtig die Rolle und das Wesen von Wahlen. Sie sind oligarchisch, nicht demokratisch; sie schädigen die Demokratie, anstatt sie zu fördern. Wenn wir eine bessere Zukunft wollen, sollten wir aufhören, Wahlen zu idealisieren.

Adams, J. (1851). Letter from John Adams to John Taylor, April 15, 1814. In: C. F. Adams (Ed.), *The Collected Works of John Adams*, Bd. VI. Little and Brown, 1851.

Aristoteles, *Politik* übers. von Eugen Rolfes, IV, 9, 1294b 7–9, Hamburg 1981, S. 142 <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/191195/losverfahren-ein-beitrag-zur-staerkung-der-demokratie/#footnote-target-14>

Bagg, S. (2024). Sortition as Anti-Corruption: *Popular Oversight against Elite Capture*. *American Journal of Political Science*, 68(1), 93–105.

Constant, B. (2003). *Principles of Politics* (E. Hofmann, Ed.; D. O’Keeffe, Trans.). Liberty Fund. (Original work published 1810)

Elsässer, L., Hense, S., & Schäfer, A. (2021). Not Just Money: Unequal Responsiveness in Egalitarian Democracies. *Journal of European Public Policy*, 28(12), 1890–1908.

Elsässer, L. & Schäfer, A. (2023). Political Inequality in Rich Democracies. *Annual Review of Political Science*, 26, 469–487.

Gilens, M. & Page, B. I. (2014). Testing Theories of American Politics: Elites, Interest Groups, and Average Citizens. In: *Perspectives on Politics*, 12(3), 564–581.

Grandjean, G. (Ed.). (2024). *Against Sortition?* Imprint Academic.

Jefferson, T. (1813). Letter from Thomas Jefferson to John Adams, 28. Oktober 1813, S. 2, Washington, D.C., Library of Congress, Series 1: General Correspondence, 1651–1827, Microfilm Rolle: 046. Online verfügbar auf <http://hdl.loc.gov/loc.mss/mtj.mtjbib021548>

Landemore, H. (2012). *Democratic Reason*. Princeton University Press.

Landemore, H. (2020). *Open Democracy: Reinventing Popular Rule for the Twenty-First Century*. Princeton University Press.

Madison, J. (2008). Federalist 10. The Size and Variety of the Union as a Check on Faction. In Alexander Hamilton, James Madison, & John Jay, *The Federalist Papers* (L. Goldman, Ed.). Oxford University Press. (Original veröffentlicht 1788)

Mair, P. (2013). *Ruling the Void: The hollowing of Western democracy*. Verso.

Manin, B. *Kritik der repräsentativen Demokratie*. Übersetzt von Tatjana Petzold, Mathes und Seitz, Berlin 2007.

Montesquieu, C-L. de Secondat, Baron de La Brède et de Montesquieu, *Vom Geist der Gesetze*. Reclam 1964, 1995, Buch 2, Kap. 2, S. 109 Übers. Von Kurt Weigand (Original veröffentlicht 1748)

Rousseau, J. J. *Gedanken von dem gesellschaftlichen Leben der Menschen oder Staatsrecht*. Entstanden 1754, überarbeitete Fassung 1758. Erstdruck: Amsterdam (Rey) 1762. *Marburg 1763*. Erste deutsche Übersetzung (anonym) unter obigem Titel. Der Text folgt der Übersetzung durch Hermann Denhardt von 1880. <http://www.zeno.org/Philosophie/M/Rousseau,+Jean-Jacques>

Sintomer, Y. (2023). *The Government of Chance: Sortition and Democracy from Athens to the Present*. Cambridge University Press.

Van Reybrouck, D. (2016). *Gegen Wahlen: Warum Abstimmen nicht demokratisch ist* (Üb. Aus dem Niederländischen von Arne Braun). Wallstein Verlag.

